

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Hermann R. 22.  
Verlag: R. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa beiderseits bestimmte Blatt.

Verlagsanstalt: Dresden 1532.  
Verlag: Riesa R. 22.

N. 90.

Donnerstag, 18. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsstörungen, Schließungen der Läden und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 4 mm hohe Schriftgröße (6 Zeilen) 10 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Sonstige Abstände, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage. Anzeigen an der Hand. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Länderparlamentarismus.

Wenn man von einer Krise des Parlamentarismus in den großen Kulturstaaten der Gegenwart redet, so hat man erst recht Anlaß, die Lage des Parlamentarismus in den deutschen Ländern kritisch zu prüfen. Auf die Regierungskrise in Mecklenburg-Strelitz folgte die Krise in Thüringen. In Württemberg besteht eine Regierung, die nicht den Mut hat, die Vertrauensfrage an das Parlament zu stellen. Die Lage in Sachsen ist fast seit Jahr und Tag und wird voraussichtlich auch bei den kommenden Neuwahlen nicht befriedigt werden. Das kleine Waldeck hat sich an Preußen angeschlossen. In Hessen verläßt man Denkschriften über den etwaigen Anschluß. Wenn es so in den meisten deutschen Ländern um den Parlamentarismus bestellt ist, darf man wohl annehmen, daß eine gemeinsame tieferer Ursache dahintersteht. Gewiß ist es zu einem großen Teil die finanzielle Not, in der sich die ganze Welt seit dem Kriege befindet. Um ihr abzuwehren, sind rigorose Maßnahmen, teilweise sogar wirtschaftliche Revolutionen erforderlich, für die es nicht leicht ist, die Verantwortung zu übernehmen. So sehr deshalb die Parteien einerseits aus Furcht zu gelassenen Drängen, so sehr scheuen sie andererseits wieder vor großen Entscheidungen zurück und suchen in Koalitionen Rückendeckung. Nicht das schon in den großen Parlamenten viele Schwierigkeiten, so erst recht in den Ländern, wo es sich um eine Verhältnisse und keine Beratungskörper handelt. Hier hängen dann manchmal Regierungsbildungen und schwerwiegendste politische Entscheidungen von einzelnen, manchmal sogar nur von einer einzigen Stimme ab. Diese einzelnen sind natürlich noch schwerer als eine Partei bereit und in der Lage, schicksalsschwere Entscheidungen auf sich zu nehmen.

Es ist also nicht nur die finanzielle Not, welche die Krise des Parlamentarismus bedingt, sondern außerdem die Enge der Verhältnisse, welche die Lage weiterhin erschwert. Der Fall des Alleinministers von Mecklenburg-Strelitz kann geradezu als Schulbeispiel dienen. Über viel besser sind auch die politischen Zustände im 20. mal größeren Thüringen nicht. Ein demokratischer Ministerpräsident, dessen ganzer politischer Einfluß auf der einen einzigen Stimme des bekannten Antikommunisten Dietrich beruht, das ist ein Bild, das auch nur wie eine Satire auf den Parlamentarismus wirken kann. Kommt man aber zur Auflösung des Thüringischen Landtages, so ist zu befürchten, daß sich das Verhältnis der Parteien zueinander doch wieder nicht wesentlich verändern wird. Und darauf muß nun freilich immer wieder hingewiesen werden: das Schicksal des Parlamentarismus hängt eben letzten Endes doch von den Parteien ab! Wenn Wähler und Wählerinnen keine klare Entscheidung treffen, dann schimpfen sie nachher auf Regierung und Parlamentarier. Es ist nun einmal der Sinn des Parlamentarismus, daß die Vertreter des Volkes vom souveränen Volk ihre politischen Richtlinien mitbestimmen. Wenn aber das Volk selbst keine klaren politischen Richtlinien hat, dann können solche auch weder im Parlament, noch bei der Regierung hervortreten. Stehen sich immer wieder schwache Linien und gleichstarke Rechte gegenüber, dann wird es auch immer wieder Zufallsfälle sein, welche keine politische Orientierung über eigene Sonderwege gebende Verbindlichkeit in die Lage kommt, das Bündeln an der Woge spielen zu können. Und damit wird dann der Parlamentarismus gänzlich auf den Kopf gestellt; nicht mehr die Mehrheit, sondern die allseitigste Minderheit führt die Entscheidung herbei.

Der laufende Dritte aber bei solcher Selbstenttäuschung des Parlamentarismus ist die Bürokratie. Sie bleibt, wenn Minister und Abgeordnete kommen und gehen; sie mag die Gelegenheiten aus, wo sie kommen. Ihrer wirtschaftlichen oder vermittelnden Sachkenntnis bedient sich dann immer wieder die unerfahrenen Parlamentarier. In den Ländern aber wird dieses System sich wohl am längsten halten, weil hier die politische Erziehung der Staatsbürger am schwächsten ist. Es handelt sich bei ihnen naturgemäß weniger um große politische Probleme, an denen eine Orientierung erfolgen könnte. Da steht denn jeder zunächst oder gar allein auf seine speziellen persönlichen Interessen, da drängen die unbedeutendsten praktischen Aufgaben die größten politischen Entscheidungen in den Hintergrund. Solange deshalb der Parlamentarismus im Reich fruchtlos ist, solange wird er in den Ländern erst recht fruchtlos sein. Würde erst einmal eine deutsche und großräumige Orientierung bei den Reichstagswahlen eintreten, dann könnte man da und dort leicht auch einmal eine charaktervollere Politik in den Ländern ausgeben.

## Erneuerung des 150-Millionen-Kredits für das Reich.

Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung haben die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reich und den Banken zu dem Ergebnis geführt, daß der vor wenigen Tagen zurückgezogene 150-Millionen-Kredit dem Reich erneut zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich diesmal um einen Kredit, den nicht allein die vier beteiligten Reichsbanken geben, sondern an dem die sämtlichen im Reichsausschleiss-Ronortium beteiligten Banken beteiligt sind.

## Die Reparationsverhandlungen werden weitergeführt.

Vorlegung des deutschen Memorandums in der Reparationskonferenz.

Schachts Höchstangebot: 37 Jahre lang 1650 Millionen.

(Paris. In der gestrigen Vollziehung der Reparationskonferenz, die über zwei Stunden dauerte, wurde das von der deutschen Delegation ausgearbeitete Memorandum als weiteres Material zur Diskussion unterbreitet. Das deutsche Memorandum, das sieben Schreibmaschinenseiten umfaßt, beginnt mit einer Skizze der gesamten Wirtschaftslage Deutschlands und enthält auch Anzahlen für die Reparationen. Ueber den Inhalt dieses Schriftstücks fand eine Diskussion statt, nach deren Beendigung die Konferenz beschloß, das gesamte zur Verfügung stehende Material über die Zahlen einem Unterausschuß, und zwar dem Unterassistenten Reuelstoke, zur Bearbeitung zu überweisen. Dieser Unterausschuß, der dem deutschen Vorschlag schließlich durch Reichsbankpräsident Dr. Schacht vertreten sein wird, wird seine erste Vollziehung heute vormittag 11 Uhr abhalten. Die nächste Vollziehung der Konferenz wird erst nach Abschluß der Arbeiten des Unterassistenten Reuelstoke stattfinden.

Der heutige Beschluß bedeutet eine Weiterführung der Verhandlungen.

Es ist beschlossen worden, vorläufig über den Inhalt des deutschen Memorandums keine näheren Angaben zu machen.

## Savas-Communiqué über den angeblichen Inhalt des deutschen Memorandums.

(Paris. In einem von der Agentur Savas über die gestern nachmittag abgehaltene Vollziehung der Reparationskonferenz angegebene Communiqué heißt es, die autorisierteren Persönlichkeiten bewährten zwar freudiges Entschlossenheit über die Gegenvorschläge der deutschen Delegation; es ergäbe sich jedoch aus Nachrichten aus gut unterrichteten Kreisen, daß Dr. Schacht und seine Kollegen der Ansicht seien, daß die endgültige Regelung sich auf rund 37 Jahreszahlungen in gleicher Höhe von ungefähr 1650 Millionen Mark erstrecken dürfte. Wenn diese Nachrichten richtig seien, wie das anzunehmen sei, dann würden die deutschen Gegenvorschläge etwa 26 1/2 Milliarden Mark Gegenwert darstellen, was alle genau ausreichen würde, um die Rückzahlung der interalliierten Schulden zu decken (24 Milliarden), ferner den Zinsdienst für die Dawesanleihe (1 Milliarde) und die von den Vereinigten Staaten geforderten Summen für die Erstattung der amerikanischen Besatzungskosten (1400 Millionen Mark). Es würde mithin kein Restbetrag für die eigentlichen Reparationen übrig bleiben.

Das Savas-Communiqué bezweifelt, daß die von der deutschen Delegation gemachten differenzierten Angebote Aussicht hätten, bei den Delegationen der Alliierten irgendwelchen Erfolg zu haben, und erklärt, es sei übrigens angebracht, hervorzuheben, daß diese Gegenvorschläge vollkommen außerhalb dessen lägen, was die amerikanische Delegation am 28. März als eine für alle annehmbare Diskussionszone angesehen habe.

## Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung“

über den Inhalt des deutschen Memorandums.

(Köln. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht folgendes Telegramm ihres Pariser Korrespondenten vom 17. 4. abends:

„Da, wie ich Ihre, heute abend auf der Gegenseite die vereinbarte Discretion wegen der von den Deutschen genannten Zahlen nicht gewahrt wurde und auch weiterhin zu durchdringlichen Zwecken irreführende Meldungen in die Welt gesetzt werden, so besteht kein Anlaß mehr, länger Versteck zu spielen, mit unserer Kenntnis der Dinge zurückhalten und die richtige Jahreszahl zu verschleiern. Die deutschen Sachverständigen haben eine sich gleich bleibende, auf eine Zahlungsdauer von 37 Jahren beschränkte

Jahresleistung von 1650 Millionen

vorgeschlagen. Die nach den bisherigen Verhandlungen ohne weiteres anzunehmen ist, dürfte diese von deutscher Seite als tragbar erklärte Jahresleistung selbst aus drei Teilen bestehen, erstens einer transfergeschätzten, zweitens einer transfergeschätzten Summe und schließlich aus Zahlungen, die nach 10 Jahre mit absteigender Staffelung geliefert würden. Gleichfalls aus dem Gang der früheren Verhandlungen kann wohl geschlossen werden, daß die deutschen Sachverständigen einen Transferlohn für wenigstens die Hälfte, der in Vorstich genannten Jahresleistung verlangen, so daß transfergeschätzt ungefähr 800 Millionen Mark blieben. Die Forderung der Gegenseite beginnt mit

einer Mindestleistung von 1900 Millionen und soll gleichmäßig rasch ansteigen bis zu einer Endsumme im 37. Jahr von 2450 Millionen, so daß sich eine Durchschnittsjahresleistung von ungefähr 2200 Millionen ergeben würde. Nach 37 Jahren sollten dann weitere 21 Jahre lang 1700 Millionen jährlich fällig sein mit der Möglichkeit, diese unter Berechnung des Gegenwerts im Voraus abzuleisten. Die Transferklausel würde nach der Forderung der Gegenseite überhaupt ausgeschlossen werden.

Es fällt zahlreich ein Unterschied von jährlich etwa 550 Millionen Goldmark, und ebenso besteht ein tiefer Gegensatz der Meinungen über den Transferlohn, während gleichzeitig von deutscher Seite eine Verlängerung der Jahresleistungen über 37 Jahre hinaus abgelehnt wird.“

## Das deutsche Memorandum.

Die französische Presse berichtet über die neueste Situation in der Reparationskonferenz so, daß die Dinge dabei auf den Kopf gestellt werden. Sie weist der deutschen Delegation vor, daß sie politische Tendenzen in die Konferenz hineintrage. In Wirklichkeit haben die letzten Tage deutlich genug gezeigt, daß umgekehrt, gerade von Seiten der Alliierten aus, Absichten der verschiedenen Regierungen in die Konferenz der Sachverständigen hineingebracht wurden. Anders wäre es ja gar nicht zu erklären, daß die Sachverständigen Forderungen aufstellten, ohne untereinander Frühlings zu nehmen. Sie hatten nur Fühlung mit ihren Regierungen genommen und die Reparationsforderungen ihres Landes auf das den Regierungen unerträglich scheinende Maß festgesetzt. Es ist ganz unmöglich, dem deutschen Reichsbankpräsidenten in ähnlicher Weise politische Tendenzen zu unterstellen. Von Seiten der deutschen Regierung ist es von Anfang an abgelehnt worden, irgendwelche Angebote an die Ententemächte zu machen. Gerade Dr. Schacht hat sich lange genug dagegen gestraut. Es ist immer der deutsche Standpunkt gewesen und geblieben, daß die Sachverständigen als solche, unabhängig von allen Regierungen und von allen Tendenzen, rein aus der gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Gesamtlage der Welt heraus einen Ausweg aus dem Chaos der Reparationsfrage suchen müßten.

Die französische Presse muß deshalb auch schon ganz verzweifelte Seitenwege einschlagen, um irgendwo hinter Schachts Verhalten Neben- und Hinterabichten, wie sie meint, entdecken zu können. Da Zusammenhänge mit der Außenpolitik Deutschlands nicht zu finden sind, so werden persönliche politische Absichten konstruiert. Man behauptet, daß sich Dr. Schacht und Dr. Brügel bei der Aufstellung ihres Memorandums von Wünschen leiten ließen, die sie persönlich auf dem Gebiete der deutschen Innenpolitik hätten. Man dichtet ihnen dunkle Diktaturpläne oder doch zum mindesten Bestrebungen nach Vorkerrschaft über den deutschen Wirtschaft an, um auf diese Weise den schädlichen Eindruck des Memorandums abzuschwächen. Das mag vom französischen Standpunkte aus recht nötig erscheinen, denn der Gegensatz zwischen den Forderungen der Alliierten und dem, was das deutsche Memorandum in gewöhnlicher Weise als der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechend festsetzt, ist erschütternd. Die öffentliche Meinung der Welt ist aber zum größten Teile von der englisch und französisch geschriebenen Presse beeinflusst. Dementierend groß muß nun ihre Ueberrassigung sein, von deutscher Seite eine so vorsichtige und die alliierten Behauptungen weit unterschreitende Einschätzung der deutschen Wirtschaftskräfte zu hören. Die Franzosen fürchten, daß dieser Kontrast die Welt zur Befinnung bringen könnte, und daraus erklären sich ihre Manöver zur Discredittierung des deutschen Schrittes. Gerade in diesen Tagen aber hat der deutsche Reichswirtschaftsminister noch einmal die Gelegenheit gesucht zu der Erklärung, daß es nach seiner Auffassung in Paris nicht um ein Teilchen nach Art eines Handelsgeschäftes gehen dürfe, sondern nur um das ehrliche Bemühen, eine die ganze Welt bedrückende Wirtschaftslage zu beheben.

## Konferenz der Reparationsgläubiger.

(Paris. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten, die in der Reparationskonferenz vertreten sind, haben, wie Savas berichtet, geklärt, mit den Vertretern der kleineren Staaten, die Anspruch auf Reparationszahlungen haben, eine Konferenz abgehalten. Es wurde ihnen der Inhalt des am Sonnabend der Reparationskonferenz unterbreiteten Memorandums zur Kenntnis gebracht und an sie das Ersuchen gerichtet, sie möchten ihre Regierungen betragen, ob sie bereit seien, Konzeptionen an ihren Reparationsansprüchen zu machen und ob sie als Zahlung Zahlungen entgegennehmen wollen.